

ANTRAG Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU) Stadträtin Marianne Krug (CDU) Stadträtin Christiane Staab (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion vom 18. Mai 2009	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	64. Plenarsitzung Gemeinderat 23.06.2009 1780 17 öffentlich
Berufsorientierung an Schulen		

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie ein Modell vergleichbar mit dem Konzept der ausgezeichneten Schule in Neustadt am Rübenberge in Karlsruhe umgesetzt werden kann.

Sachverhalt / Begründung:

Bundespräsident Horst Köhler hat kürzlich die Gewinner des Wettbewerbs „Starke Schulen. Deutschlands beste Schulen, die zur Ausbildungsreife führen“ ausgezeichnet. Den ersten Preis erhielt eine Schule in Neustadt am Rübenberge in Niedersachsen. Diese Schule wurde für ihr differenziertes Konzept zur Berufsorientierung belohnt. Die Schule bildet ihre Schüler gemeinsam mit der Berufsbildenden Schule Neustadt aus. Die Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge neun und zehn erhalten eine fundierte und systematisierte fachpraktische Ausbildung, denn sie können an zwei Tagen pro Woche am Unterricht in einem selbst gewählten Berufsfeld teilnehmen. Nach dem Abschluss stellen die Schulen gemeinsam Zeugnisse aus, die insbesondere auch die Anteile der beruflichen Qualifikation ausweisen.

Schüler der Hauptschulklassen können sich in verschiedenen Fachbereichen qualifizieren, um so eine Berufsgrundbildung zu erlangen; Schüler des Realschulzweigs können eine Grundbildung in bestimmten Fächern erlangen, die mit dem ersten Ausbildungsjahr vergleichbar ist.

Durch diese Parallelbeschulung und das anwendungsrelevante Lernen ist die Motivation der Schülerinnen und Schüler deutlich gestiegen. Zugleich hat sich die Vermittlungsquote in ein Ausbildungsverhältnis erheblich erhöht (von ca.

14% auf fast 70%). Zur Anwendung kommen darüber hinaus Streitschlichterkonzepte und es werden klare Regeln aufgestellt. Durch eine enge Einbindung der Eltern wird die Identifikation mit der Schule gestärkt.

Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass die Einführung eines vergleichbaren Konzepts für Karlsruhe geprüft werden sollte. Die enge Verknüpfung von schulischer und beruflicher Ausbildung halten wir für sehr sinnvoll. Der Übergang von der Schule ins Berufsleben wird dadurch erleichtert. Gerade auch im Hinblick auf die aktuellen Überlegungen zur Werkrealschule könnte ein solches Modell eine wichtige Ergänzung sein.

Die Handwerkskammer sollte in die entsprechenden Überlegungen einbezogen werden.

unterzeichnet von:

Gabriele Luczak-Schwarz

Marianne Krug

Christiane Staab

Hauptamt - Sitzungsdienste -

12. Juni 2009